

Presseinformation

248/2011

Kiel, 5. Juli 2011

DIE LINKE fordert schlüssiges Gesamtkonzept zur Sicherungsverwahrung im Norden

Kiel. „DIE LINKE spricht sich dafür aus, das Instrument der Sicherungsverwahrung grundsätzlich zu überdenken. Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass bis zu 95 % der Verwahrten zu Unrecht in Sicherungsverwahrung sitzen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat kritisiert, dass bisher zu wenig Geld in Resozialisierung und Therapie der Straftäter investiert wurde. Unter humanitären Gesichtspunkten ist es der blanke Wahnsinn, wenn wir zehn Menschen einsperren, damit einer nicht rückfällig wird. Da muss es künftig andere Lösungen geben,“ so der justizpolitische Sprecher der Linksfraktion Heinz-Werner Jezewski.

Sollten die Forderungen zur Sicherungsverwahrung nicht berücksichtigt werden können, wird seitens der LINKEN zumindest eine gemeinsame Lösung für die Nordländer gefordert. „Im Verbund ist eine freiheitlich orientierte Unterbringung am ehesten möglich. Aber es geht um mehr als nur die Unterbringung. Auch Beschäftigungs- und Therapiemöglichkeiten müssen bereitgestellt werden, dazu bedarf es abgestimmter Konzepte aller beteiligten Bundesländer“, so Jezewski abschließend.